

Agrarexport leidet unter Corona-Pandemie - GÉFA-Sprecher Wirtz: Folgen unkalkulierbar

Die Corona-Pandemie schlägt sich auf die deutschen Agrarexporte nieder. „Die Auswirkungen für unsere Exporteure sind aktuell sehr hart“, sagt der Sprecher der German Export Association for Food and Agriproducts (GEFA), Bernd Wirtz. Besonders betroffen seien Branchen, die Frischeprodukte mit vergleichsweise geringem Mindesthaltbarkeitsdatum, sehr eng getakteten Lieferketten und weiten Transportwegen hätten. Immer mehr Länder gingen dazu über, Deutschland als Hauptrisikoland einzustufen und deutliche Einschränkungen zu verkünden. Die Folgen für die exportorientierten Unternehmen seien derzeit nicht kalkulierbar.

Länderberichte 1

EuRH will mehr Umwelt- und Klimaschutz - 3 600 Wissenschaftler für GAP-Korrekturen

Der Europäische Rechnungshof (EuRH) hat sich in einer Stellungnahme zur Übergangsregelung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2020 dafür ausgesprochen, den Zeitraum von mindestens einem Jahr für Anpassungen der eigentlichen Reform an Umwelt- und Klimaherausforderungen zu nutzen. Die Kommission und die Gesetzgeber wurden zudem aufgefordert, die Schaffung solider GAP-Verwaltungsstrukturen und die Stärkung des Leistungsrahmens anzugehen. Unterdessen appellierten mehr als 3 600 Wissenschaftler an die EU-Kommission, die Agrarpolitik besser hinsichtlich der angestrebten Klima- und Naturschutzziele auszurichten. Die GAP-Vorschläge reichten nicht aus.

EU-Nachrichten 2

Kein Einvernehmen zur Düngeverordnung - Länder erwarten Antworten auf ihre Fragen

Eine gemeinsame Position von Bund und Ländern zur Novelle der Düngeverordnung ist bislang nicht in Sicht. Ein Treffen der Länderagrар- und -umweltminister brachte keine Annäherung. Die Länder legten eine Liste mit mehr als 90 Fragen vor, die der Bund bis diese Woche beantworten soll. Sie beziehen sich zumeist auf die geplante Verwaltungsvorschrift für die Roten Gebiete. Einige Unionsminister kündigten Änderungsanträge zur Düngeverordnung an. Der Bund sieht hingegen keinerlei Verhandlungsspielraum mehr. Die G-Länder wollen ihren Unmut über das Agieren des Bundes in einer Entschließung zum Ausdruck bringen.

Länderberichte 23

Corona-Krise erreicht die Agrarwirtschaft

Die Corona-Krise hat neben dem Rohölmarkt und den Aktienbörsen auch die Agrarmärkte unter Druck gesetzt. Die Terminpreise für wichtige landwirtschaftliche Erzeugnisse, die schon zuvor schwächer tendiert hatten, gaben vergangene Woche nochmals nach, teils außergewöhnlich stark. So wurde Mai-Zucker in New York zuletzt um gut ein Fünftel billiger gehandelt als noch Mitte Februar. Der April-Kartoffelfuture an der EEX stürzte binnen einer Woche um 38 % ab. Auch Milchprodukte und Fleisch verbilligten sich; der VEZG-Preis für Schweinefleisch wurde um 6 Cent auf 1,96 Euro/kg SG gesenkt. Einige größere Schlachtunternehmen wollten aber 9 Cent weniger als in der Vorwoche zahlen. Angesichts der Corona-Krise erhofft sich der Präsident des Deutschen Raiffeisenverbandes (DRV), Franz-Josef Holzenkamp, ein größeres Bewusstsein für die Notwendigkeit einer ausreichenden heimischen Agrarproduktion. Die Corona-Pandemie mache deutlich, wie sensibel der internationale Handel sei. Das zeige, „welch elementare Bedeutung die Grundversorgung im eigenen Land hat“, sagte Holzenkamp. Derweil haben zahlreiche Branchenverbände und -institutionen ihre öffentlichen Aktivitäten deutlich eingeschränkt. Beispielsweise findet in diesem Jahr erstmals seit 2009 kein Berliner Milchforum statt. Andere Tagungen wurden ebenfalls abgesagt, verschoben oder werden per Livestream im Internet übertragen. Auf EU-Ebene ist der Parlamentsbetrieb weitgehend eingestellt. Auch der für den 23. März geplante Agrarrat wurde abgesagt. Damit dürfte sich der Abschluss der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) weiter verzögern. Nicht zusammenkommen wird diese Woche der Agrarausschuss des Bundesrates.

Länderberichte 27 und EU-Nachrichten 1